
NEIN HEIßT NEIN!

Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt.

www.gruene-fraktion-bayern.de





NEIN HEIßT NEIN!

Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt.

*Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag
Beschlossen auf der Winterklausur in München am 13. Januar 2016*

Die sexualisierten Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof an Silvester erschüttern uns und sind nicht hinnehmbar. Sie zeigen eine neue Qualität, denn die Täter haben sich im öffentlichen Raum als gewaltbereite Gruppe gegen Frauen und Mädchen gewendet, gleichzeitig war die Polizei nicht in der Lage die Betroffenen vor den Angriffen zu schützen. Auch in anderen Städten hat es, wie beispielsweise in Nürnberg und Ansbach, in der Silvesternacht sexuelle Übergriffe auf Frauen gegeben, wenn auch zum Glück in wesentlich geringerem Umfang. Es darf nicht hingenommen werden, dass ein Klima der Bedrohung entsteht und Frauen Angst davor haben müssen, sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Wir verurteilen diese gewalttätigen Attacken und sprechen den betroffenen Frauen unsere Solidarität aus. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Angriff auf die Menschenwürde und muss gesellschaftlich geächtet und bekämpft werden. Frauen haben ein Recht auf Schutz vor sexuellen Übergriffen. Diesen Schutz zu gewährleisten ist Aufgabe des Staates.

Die Faktenlage zur Silvesternacht in Köln muss umfassend transparent gemacht und der Sachverhalt und die Frage, ob und wie sich die Täter organisiert haben, schnellstmöglich aufgeklärt werden. Die Täter müssen ermittelt und konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaats zur Rechenschaft gezogen werden. Um weitere Straftaten dieser Art zu verhindern, braucht es nun eine genaue Analyse der Tätergruppe, um präventive Maßnahmen gegen diese neue Erscheinungsform der sexualisierten Gewalt im öffentlichen Raum zu entwickeln, sowie eine konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze. Unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht die Rechtslage auch Ausweisungen, die dann durchgeführt werden müssen. Allen Versuchen die schrecklichen Vorfälle am Kölner Hauptbahnhof für rassistische Zwecke zu instrumentalisieren stellen wir uns klar entgegen. Wir wenden uns in aller Schärfe dagegen, wenn dieser Umstand durch Rechtsextremisten und Fremdenfeinde missbraucht wird, um Stimmung gegen Schutzsuchende zu betreiben. Auch Migrantinnen und Migranten sind von den Vorkommnissen entsetzt und betroffen.

Das Problem der sexualisierten Gewalt darf nicht pauschal einer Religion oder einer Herkunftsregion zugeschrieben werden. Denn verantwortlich für sexuelle Gewalt gegen Frauen sind patriarchale Strukturen. Diese müssen wir gemeinsam bekämpfen.



Sexualisierte Gewalt ist ein alltägliches Phänomen in Deutschland. Jede dritte Frau wird statistisch im Laufe ihres Lebens Opfer sexueller Übergriffe. Wir müssen für ein gesellschaftliches Klima sorgen, in dem das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung von allen respektiert wird. Dieses uns alle betreffende Problem muss gesamtgesellschaftlich bekämpft werden. Wichtig dabei ist, dass das langfristig geschieht. Alle diejenigen, die nach den schrecklichen Taten in Köln mehr Schutz für Frauen fordern, müssen sich auch weiterhin dafür einsetzen.

Anstatt Verhaltenstipps für Frauen zu verteilen, müssen die potenziellen Täter adressiert werden. Dazu gehört auch eine **geschlechtergerechte Erziehung** von der Kita bis zum Schulabschluss, um die Ausbildung frauenfeindlicher Rollenbilder von Anfang an zu verhindern bzw. zu korrigieren. Wir brauchen gezielte Informationen und mehrsprachige **Kampagnen und Initiativangebote zur Ächtung sexualisierter Gewalt**, um auch Erwachsene zu erreichen. Denn das Bewusstsein, dass sexuelle Unversehrtheit ein Menschenrecht ist und sexualisierte Beleidigung und Gewalt kein Kavaliersdelikt, muss bei allen gleichermaßen verankert sein. Anstatt einer Kultur des Wegsehens brauchen wir auch mehr Zivilcourage, um sich sexualisierter Gewalt entgegen zu stellen.

Die bisher ermittelten Verdächtigten der Kölner Straftaten sind junge Männer aus dem nordafrikanischen bzw. arabischen Raum. Wir müssen uns mit der Tatsache auseinandersetzen, dass ein Teil junger Männer ein „Machoverhalten“ aufweist wofür eine bestimmte gesellschaftliche patriarchale Prägung und individuelle Faktoren verantwortlich sind, aber nicht die Lehren des Islams. Projekte, die sich in der Arbeit mit Jugendlichen damit auseinandersetzen, sind stärker zu unterstützen, um Antisexismus dort zu verankern wo überkommene Vorstellungen von Ehre und Männlichkeit einen gleichberechtigten Umgang mit Mädchen und Frauen verhindern. Der ganze **Bereich der Streetwork muss deutlich ausgebaut werden** und auch hier, wie bei den Sicherheitsbehörden, verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden, um gerade diejenigen Jugendlichen und Erwachsenen zu erreichen, die bereits diesbezüglich auffälliges Verhalten zeigen und durch klassische Institutionen schwer erreicht werden.

Für Bayern fordern wir außerdem Verbesserungen in der Sicherheitsarchitektur: **Wir brauchen eine personell gut ausgestattete Polizei**, die Präsenz im öffentlichen Raum zeigt. Außerdem müssen die Polizistinnen und Polizisten, sowie die Sicherheitsdienste, gut geschult und sensibilisiert für das Problem und die Dynamik der sexuellen Übergriffe sein. **Technische Hilfen, wie Alarmsysteme und gut beleuchtete öffentliche Räume** werden benötigt. Videoüberwachung an potentiellen Brennpunkten im öffentlichen Raum ist ein Mittel für die Aufklärung von Straftaten, die Taten selbst verhindern sie jedoch nicht. Außerdem müssen nach den Analysen, wie aus Menschenmengen hinaus kriminelle Handlungen begangen wurden, die **Umsetzung der Handlungsempfehlungen und**



angepassten Einsatzkonzepte auch in Bayern angewandt werden, um präventiv gerüstet zu sein.

Es braucht auch **deutliche Anstrengungen für mehr Prävention**, um Straftaten zu verhindern, aber auch **intensive Opferberatung**. Dafür muss die Politik endlich die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Im Rahmen der öffentlichen Diskussion rund um die Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht wurden die Nöte der Opfer, wie bereits in der Vergangenheit häufig der Fall, weitestgehend ausgeblendet. Aber sexualisierte Gewalt als solche ist nichts Neues, es gab und gibt sie in Bayern in allen sozialen Schichten und die Auswirkungen für die Betroffenen Frauen und Mädchen werden immer noch viel zu häufig bagatellisiert. Das muss sich nun ändern, nicht zuletzt, da bereits seit Jahren bekannt ist, dass für Frauen, die Opfer sexualisierter Gewalt werden, viel zu wenig Hilfen bereit stehen. Die Bayerischen **Frauennotrufe und Frauenhäuser** sind im Bundesvergleich mit am schlechtesten ausgestattet, hier muss und kann der Freistaat Bayern sofort mehr Geld in die Hand nehmen, wie wir Grüne es seit Langem fordern. Die **Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden**, einschließlich Therapiemöglichkeiten und besserem, schnelleren Zugang zu Therapieplätzen.

Auf rechtlicher Ebene benötigen wir dringend eine **Reform der Sexualstrafgesetze**. Die bestehenden Strafbarkeitslücken bei sexueller Gewalt und Vergewaltigung müssen schleunigst geschlossen werden. BÜNDNIS 90/Die Grünen hatte bereits 2014 einen diesbezüglichen Antrag im Bayerischen Landtag gestellt und einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Den jahrelangen bloßen Lippenbekenntnissen der CSU in Bayern und der großen Koalition in Berlin, der Istanbul Konvention, eine europaweite Vereinbarung zum Schutz von Frauen vor Gewalt, auch in Deutschland Geltung zu verschaffen, müssen nun endlich Taten folgen. Auch der Straftatbestand der sexuellen Nötigung braucht dringend eine Reform, damit die sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland voraussetzungslos geschützt werden kann und Überraschungsangriffe wie in Köln effektiv geahndet werden können. Es ist tragisch und aus der Perspektive der betroffenen Frauen ein übler Treppenwitz, dass offenbar erst Ereignisse wie in Köln nötig waren, um hier die schwarz-rote Bundesregierung zum Handeln zu bewegen.

Eine Sache ist ebenfalls klar: Frauen haben nicht nur das Recht auf Schutz vor sexuellen Übergriffen im öffentlichen Raum, sondern auch im privaten. **Die einfache Losung heißt: Nein heißt Nein**. Daran müssen sich alle halten und der Staat hat alles dafür zu tun, was nötig ist um dies auch sicherzustellen.



Verena Osgyan, MdL

Sprecherin für Frauen und Gleichstellung, Hochschule und Netzpolitik,
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

<mailto:verena.osgyan@gruene-fraktion-bayern.de>

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Katharina Schulze, MdL

Sprecherin für Inneres, Sport und Strategien gegen Rechtsextremismus,
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

<mailto:katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de>

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Stand: Januar 2016

